MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe Oktober 2026

WIE WEITER NACH SACHSEN-ANHALT?

VON MUNIB AGHA

Es ist eingetreten, was wir alle schon vor der Wahl befürchtet haben: Die AfD hat mit ihrem leider sehr charismatischen Spitzenkandidaten Siegmund fast die absolute Mehrheit im Landtag errungen. CDU, SPD, Linke und Grüne kommen zusammen auf keine Mehrheit. Stand heute deutet vieles darauf hin, dass das Bündnis Sahra Wagenknecht einer Zusammenarbeit mit der rechtsradikalen AfD offen gegenübersteht und Siegmund sich, anders als vor der Wahl angekündigt, auch mit den Stimmen des BSW zum Ministerpräsidenten wählen lassen will.

Schon wenige Stunden nach dem Wahlsieg verkündete die sich sonst pazifistisch gebende AfD, sie begrüße die massive Aufrüstung der Bundeswehr, um sie gegen Menschen in der Bundesrepublik einzusetzen. Das zeigt sofort: Sobald die AfD kann, wird sie den Staatsapparat nutzen, um Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte in

Munib Agha,
Vorsitzender der SPD Erlangen
Foto: Jovana Jocic & Rebecca Prell

diesem Land abzuschaffen. Die demokratischen Parteien haben deshalb die Pflicht, endlich das Verfassungsgericht mit der Prüfung eines AfD-Verbots zu beauftragen.

Doch eines muss uns klar sein: Ein Verbot löst die Demokratiekrise nicht. Es verschafft der demokratischen Gesellschaft lediglich mehr Zeit, sie zu überwinden. Der Vertrauensverlust in die demokratischen Parteien wächst seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten, und ist nicht von der Hand zu weisen. Wir schlittern von einer (wirtschaftlichen) Krise in die nächste, und die Politik schafft es nicht einmal, uns gestärkt daraus hervorgehen zu lassen, wenn sie die Krisen schon nicht verhindern kann. An den Wahlergebnissen und Umfragewerten der AfD lässt sich dieses Scheitern gut ablesen.

Bei der Bundestagswahl 2021 fiel die AfD noch von 12 auf 10 % (auf mögliche Gründe gehe ich später im Text ein). Seit der Energiekrise infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine geht es für sie dagegen bergauf. Anfangs gelang es der Ampelkoalition noch, die Folgen der Inflation im Geldbeutel der Bür-

>> Seite 3

TERMINE

09.10. 20:00	Politsches Finanzkabarett Chin Meyer - Die Erotik des Geldes	Theaterbühne Fifty Fifty e.V., Südliche Stadtmauerstraße 1	
12.10. 19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 9
13.10. 19:30	Treffen der AG Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus, Friedrich-List-Straße 5	S. 23
14.10. 15:00	Treffen der AG 60+	Thalermühle, Thalermühle 1	S. 22
14.10. 19:00	Distrikt Ost: Distriktssitzung	Brückenpaulus (Pizzeria Romano), Schronfeld 74	S. 21
14.10. 19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktssitzung	Gaststätte „Zum Schloss“, Schlossgasse 7	S. 21
14.10. 20:00	Distrikt West: Distriktssitzung	Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein), Dorfstr. 14	S. 22
22.10. 20:00	Kreismitgliederversammlung SPD Erlangen	Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein), Dorfstr. 14	S. 4
19.10. 20:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 9
24.10.	Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 2
26.10. 18:30	Treffen der SPD Marloffstein	Marloffsteiner Rathaus, Am Alten Brunnen 2, Marloffstein	S. 23
26.10. 20:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 9
28.10. 19:30	Treffen der AG Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus, Friedrich-List-Straße 5	S. 23

REDAKTIONSSCHLUSS

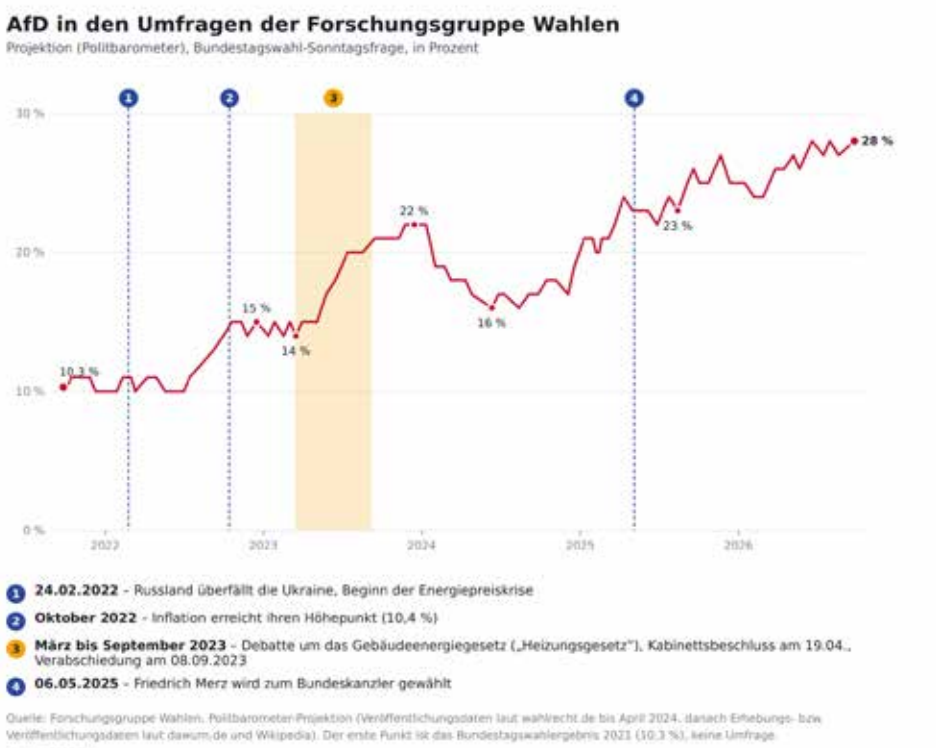
für den nächsten
Monatsspiegel
Oktober 2026

24. Oktober 2026

ger:innen einigermaßen im Zaum zu halten: mit der Direktzahlung von 300 Euro, dem 9-Euro-Ticket und dem Tankrabatt, den ich zwar nicht begrüße, aber besser finde als seinen Ruf. Weitere Maßnahmen für stabile Strom- und Gaspreise scheiterten an der FDP, effiziente Konjunkturprogramme blieben aus, und die erfolgreiche Klage der CDU vor Gericht gegen den Klimatransformationsfonds erledigte den Rest. Die AfD kletterte in den Umfragen auf über 15 %.

Dass eine erfolgreiche Inflationsbekämpfung möglich gewesen wäre, zeigen Länder wie Spanien: Dort lag die Inflationsrate 2023 bei 3,5 %, in Deutschland bei knapp 6 %. Das nächste AfD-Konjunkturprogramm war die öffentliche Debatte über das Heizungsgesetz. Es war ein Fehler von Robert Habeck und der Ampel, die strafenden Elemente des Gesetzes in den Vordergrund zu stellen und zu Beginn kaum über die attraktiven Förderungen für Wärmepumpen zu sprechen. Diese Steilvorlage nahmen AfD und BILD-Zeitung dankend an und sorgten für massive Verunsicherung und Ängste in der Bevölkerung.

Friedrich Merz versprach, die AfD-Ergebnisse zu halbieren, sollte er Regierungschef werden. Nicht einmal die zynischste Kritikerin hätte gedacht, dass er eher das Ergebnis der CDU halbiert und seine Partei in Mecklenburg-Vorpommern an der 5-%-Hürde scheitert. Warum unter Merz die AfD noch mehr Aufwind bekommt, wird schnell klar: Die deutsche Volkswirtschaft wächst nach wie vor nicht, die Arbeitslosigkeit steigt erstmals wieder massiv, und der Stellenabbau in der Industrie schreitet unaufhaltsam voran. Im Leitartikel des letzten Monatsspiegels bin ich darauf ausführlich eingegangen. Hinzu kommt sein offensichtliches Lügen im Bundestagswahlkampf. Damals propagierte er noch „Erst einnehmen, dann ausgeben“ (das kommt uns Erlanger:innen aus dem Kommunalwahlkampf irgendwie bekannt vor), um danach Schulden im höheren dreistelligen Milliardenbereich auf den Weg zu bringen. Dazu kommen die dauernden Beleidigungen der Wähler:innen, während er sich selbst stets als Opfer sieht, denn kein Kanzler vor ihm hatte es je so schwer wie er.



Grafik KI generiert.

Der Aufstieg der AfD ist weder naturgegeben noch alternativlos. Wie oben erwähnt, schnitt sie bei der Bundestagswahl 2021 schlechter ab als 2017, und das mitten in der Corona-Krise, als die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen stark an Zulauf gewannen. Ich bin weiterhin überzeugt, dass nicht allein die Schwäche von Laschet und Baerbock für das gute Abschneiden der SPD und von Olaf Scholz verantwortlich war. Sonst hätte, wie 2025 geschehen, auch damals die AfD profitieren können. Mit dem „Respekt“-Wahlkampf ist uns stattdessen eine stringente und vor allem glaubhafte Erzählung über eine gute Zukunft gelungen. Olaf Scholz stellte eine aktive Industriepolitik in den Vordergrund, ebenso den sicheren Sozialstaat und die Erhöhung des Mindestlohns, von der vor allem Frauen in Ostdeutschland profitieren. Nicht ohne Grund haben wir 2021 im Osten gut abgeschnitten und unter anderem alle Direktmandate in MV und Brandenburg gewonnen, ebenso wie in Halle und Chemnitz.

Manuela Schwesig ist es gelungen, bei den Wähler:innen als Kümmerin, Verteidigerin der Frauenrechte und Bollwerk gegen die AfD wahrgenommen zu werden. Auch wenn die AfD am Ende doch noch vor der SPD landete, sollten wir nicht vergessen, was für eine fulminante Aufholjagd die SPD in MV hingelegt hat, die vor wenigen Monaten in den Umfragen noch bei 19 % stand. Das AfD-Ergebnis ist viel zu hoch. Trotzdem hat das linke Lager in MV eine komfortable Mehrheit, während das Lager rechts der Mitte in Sachsen-Anhalt auf fast zwei Drittel der Landtagssitze kommt.

Auch der Bundes-SPD muss es wieder gelingen, eine glaubwürdige Erzählung über eine gute Zukunft zu entwickeln. „Mit uns wird es weniger langsam schlechter“ reicht dafür nicht aus. Mit welcher aktiven Industriepolitik bringt die SPD die Wirtschaft wieder auf Vordermann? Wie schaffen wir Planungssicherheit, gerade für kleine und mittlere Unternehmen? Wie sorgen wir dafür, dass die Reallöhne wieder steigen und die Lebenshaltungskosten auf ein erträgliches Niveau sinken? Wie lösen wir die Klimakrise, damit in den kommenden Hitzewellen nicht mehr Tausende Menschen sterben? Die Herausforderungen bleiben groß. Es wird Zeit, dass wir darauf gute, überzeugende Antworten geben, von denen alle Menschen in diesem Land profitieren.

WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

08.10. Dr. Jürgen Tendel
87 Jahre

08.10. Herta Marhoff
89 Jahre

17.10. Doris Klein
81 Jahre

20.10. Marianne Benz
89 Jahre

22.10. Jose Luis Ortega
71 Jahre

23.10. Gunda Gerstenmayer
72 Jahre

26.10. Gerhard Trescher
83 Jahre

26.10. Peter Redel
74 Jahre

26.10. Johann Hauer
70 Jahre

EINLADUNG ZUR KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir laden Euch herzlich ein zu unserer Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 22. Oktober 2026 um 20:00 Uhr,
Gasthof Güthlein „Zur Einkehr“, Dorfstraße 14.

Auf unserer kommenden Mitgliederversammlung im Oktober liegt der Schwerpunkt auf der Haushaltskrise in Erlangen. Munib wird dazu einen Vortrag halten und einen Überblick über die aktuellen Zahlen sowie die Strategie der SPD-Fraktion im Umgang mit der Haushaltskrise geben.

Wir freuen uns auf euer Kommen!

Solidarische Grüße
Sandra Radue Munib Agha

REDE BEIM AKTIONSBÜNDNIS „AFD-VERBOT JETZT“

VON MUNIB AGHA

Erstmal vielen Dank, dass ich hier sprechen darf, und vielen Dank an euch Aktivistinnen und Aktivisten, dass ihr so schnell diese Demo organisiert habt. Ich bedanke mich dafür, dass ihr euch von den Zuständen in diesem Land nicht ohnmächtig machen lasst, dass ihr hier Flagge zeigt und eine klare Meinung vertretet.
Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben schon sehr viel zum AfD-Verbot gesagt, zu den Gründen dafür. Ich möchte dazu nur wenige Sätze sagen. Ich glaube, die Tatsache, dass Ulrich Siegmund vor einigen Tagen gesagt hat, sie wolle die Bundeswehr, das Militär, gegen Menschen in diesem Land einsetzen, sollte schon Grund genug sein, am Montag das Verbotsverfahren einzuleiten.

Diese Gewaltfantasien der AfD sind nicht neu. Auch Frauke Petry, die nicht mehr Mitglied der AfD ist, wollte schon vor zehn Jahren an der Grenze auf Menschen schießen lassen. Ich könnte hier wahrscheinlich fünf Stunden lang Zitate von Mitgliedern dieser Partei vortragen, in denen sie ihren Gewaltfantasien gegenüber Menschen freien Lauf lassen. Die Situation ist klar, deswegen muss so schnell wie möglich gehandelt werden. Die Gerüchteküche sagt, es gebe einen neuen Anlauf im Bundesrat, ein Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen. Deswegen: Macht Druck auf die Abgeordneten und auf die Öffentlichkeit, damit das endlich nicht nur ein Gerücht bleibt, sondern Wirklichkeit wird und umgesetzt wird.

Über das AfD-Verbot wurde schon viel gesagt. Ich möchte mein Augenmerk darauf legen, wie die demokratischen Parteien mit der Situation in diesem Land umgehen – und dabei nehme ich als Sozialdemokrat meine eigene Partei ausdrücklich mit hinein. Es kann nicht sein, dass wir uns seit Jahren von der AfD die Themen diktieren lassen, obwohl viele der angeblichen Probleme, über die sie spricht, dieses Land gar nicht hat.

Munib Agha bei seiner Rede beim Aktionsbündnis „AfD-Verbot jetzt“. Foto: Privat

Das ist auch die Schuld der demokratischen Politikerinnen und Politiker, die sich darauf einlassen.

Wir haben das im Bundestagswahlkampf gesehen: Seit drei Jahren haben wir kein Wirtschaftswachstum. Wir hätten in diesem Wahlkampf über Industriepolitik sprechen können – haben wir aber nicht. Stattdessen haben wir über die Themen der AfD gesprochen. Das wäre nicht nötig gewesen.

Auch in Sachsen-Anhalt reicht es nicht, wenn die demokratischen Parteien sich hinstellen und sagen: „Wählt uns, weil wir nicht die AfD sind“ oder „Wählt uns, damit die AfD nicht die absolute Mehrheit bekommt.“ Damit überlässt man der AfD die inhaltlichen Themen. Dabei hätte es in diesem Bundesland – dem ärmsten, mit den geringsten Löhnen und der geringsten Tarifbindung – so viele Themen gegeben, über die man hätte sprechen müssen. Das war weder in den Medien noch in der Politik ein Thema, zumindest war das mein Eindruck.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Wenn ich über Löhne spreche, will ich damit kein autoritäres Gedankengut oder Rassismus verharmlosen – ganz im Gegenteil. Aber ich bin überzeugt, dass Politikerinnen und Politiker mit einer klaren Haltung zu Menschenrechten und Vielfalt stehen sollten. Und ich bin überzeugt, dass unsere Gesellschaft nicht naturgegeben ist, sondern von Menschenhand gemacht wird. Deshalb kann gute Politik unsere Gesellschaft auch zu einer besseren Zukunft führen.

Darüber reden wir zu wenig. Es gäbe so viele Themen: die PISA-Studie – wir können es uns nicht leisten, auch nur ein einziges Kind zurückzulassen. Oder Industriepolitik: Dass dieses Land Industriepolitik kann, haben wir in der Vergangenheit gesehen, ich nenne nur das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Man kann auch schauen, was Joe Biden gemacht hat, was die Spanier machen, was die Japaner machen, was die Chinesen machen – wenn es so weitergeht, wird China das erste Land sein, das nicht mehr auf fossile Energien angewiesen ist.

Ich bin überzeugt, dass eine gute Wirtschaftspolitik nicht nur die Wirtschaftskrise lösen kann, sondern auch die Klimakrise und die Demokratiekrise, in der wir stecken. Denn selbst wenn die AfD verboten wird, sind wir damit noch nicht am Ende – wir befinden uns weiterhin in einer Demokratiekrise. Und wir dürfen dabei nicht müde werden, egal ob es am Ende erfolgreich ist oder nicht.

Weil ich der Überzeugung bin, dass das alles miteinander zusammenhängt, möchte ich hier noch auf eine weitere Demo hinweisen: In zwei Wochen demonstriert der DGB in Nürnberg für eine gute Zukunft und gegen den Sozialabbau der Bundesregierung. Ich bin überzeugt: Wenn wir hier klarmachen, dass wir wollen, dass es allen Menschen besser geht, dann ist es uns – und auch der Politik – möglich, für eine gute Zukunft zu sorgen, in der alle Menschen gut miteinander leben können.

Nochmal vielen Dank, dass ich hier sprechen durfte. Schön, dass ihr da seid. Vielen Dank.

DER KÜHLSTE SOMMER DEINES LEBENS: SPD-ANTRAG FÜR MEHR HITZESCHUTZ IN ERLANGEN

Die Rekordhitze dieses Sommers macht auch in Erlangen die Dringlichkeit von wirksamen Hitzeschutz spürbar. Die SPD-Fraktion hat daher ein umfangreiches Antragspaket in den Stadtrat eingebracht, um schnell wirksame Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Hitzeschutz ist dabei nicht nur eine Frage der Klimaanpassung, sondern auch eine soziale Frage. Die immer häufiger werdenden Hitzephasen sind eine Belastung für viele Menschen, und im schlimmsten Fall lebensbedrohlich. Dabei sind nicht alle gleich betroffen: Wie belastend die Hitze ist, hängt nicht nur von Alter, Geschlecht und Gesundheit ab, sondern auch davon, ob man körperlich anstrengend oder im Freien arbeiten muss, wie gut man sich im eigenen Zuhause abkühlen kann oder Zugang zu anderen kühlen Orten hat.

„Möglichst viel dafür zu tun, dass die Stadt abkühlt und Menschen vor Hitze geschützt werden, ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Daseinsvorsorge. Deshalb ist das eine wichtige Aufgabe der Stadt", erklärt Sophia Waldmann als Sprecherin für Soziales in der SPD-Fraktion. „Wir finden, dass die Stadt alle gesetzlichen und finanziellen Spielräume ausnutzen muss, um für mehr Schatten und natürliche Abkühlung zu sorgen – vor allem auch in den Stadtteilen, in denen weniger Menschen einen eigenen Garten haben", so Waldmann weiter.

Neben der Begrünung und Entsiegelung fordert die SPD-Fraktion auch Maßnahmen für Schulen und KiTas, um dort zumindest in Teilen kühle Orte zu schaffen. Eine Beratung für Wohnungsbaugesellschaften und Wohneigentümergemeinschaften soll Hitzeschutzmaßnahmen für Wohnungen verbessern, die Gewobau hier eine Vorbildfunktion einnehmen.

Ein flächendeckendes Netz von „kühlen Orten" soll dafür sorgen, dass sich Menschen in Hitzephasen abkühlen können. Dabei sollen nicht nur städtische Gebäude, sondern auch andere Räume betrachtet werden, insbesondere, wenn sie öffentlich zugänglich sind. Grünflächen, die nachts geschlossen sind (z.B. der Schlossgarten oder auch einige Sportanlagen) sollen in Hitzephasen nachts geöffnet werden, auch verlängerte oder verschobene Öffnungszeiten der Freibäder sollen geprüft werden.

Bei Kliniken und Pflegeeinrichtungen ist nicht die Stadt für (Hitzeschutz-)Investitionen zuständig, sondern das Land Bayern. Der Antrag fordert daher dieses zum Handeln auf. Außerdem sollen Nachbarschaftskonzepte entwickelt werden, bei denen Menschen Unterstützung erhalten, die z.B. aufgrund von Mobilitätseinschränkungen nicht einfach selbst zu kühlen Orten gelangen können oder anderweitig sich nicht selbst ausreichend vor Hitze schützen können.

Umzusetzen ist wirksamer Hitzeschutz nach Einschätzung der SPD-Fraktion nur mit massiven Investitionen. Diese müssten auch in Zeiten der Haushaltskrise möglich gemacht werden: „Hitzeschutz ist keine ‚freiwillige Leistung', sondern als Teil der Katastrophenvorsorge unabdingbar", erläutert Philipp Dees, Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Stadtentwicklung der SPD: „Bis Anfang August schätzt das Robert-Koch-Institut für Deutschland 12.800 Hitzetote – viermal mehr, als jährlich im Straßenverkehr sterben. Das zeigt, wie dringend gehandelt werden muss: Haushaltsdogmatismus ist hier fehl am Platz!"

Die SPD-Fraktion hat daher in einem eigenen Antrag Hitzeschutzmaßnahmen zusammengefasst, für die dringend städtische Investitionen notwendig sind. Dazu gehören Entsiegelungen und Baumpflanzungen (beispielsweise Umbau Zollhausplatz, Baumpflanzungen in der Fußgängerzone), Beschattungen auf Spielplätzen und Freizeitanlagen, Entsiegelung von Schulhöfen und Hitzeertüchtigung von Schulen, KiTas, Stadtteilzentren und weiteren städtischen Gebäuden.

KLIMAANPASSUNG: SPD SETZT AUCH AUF BEGRÜNUNGSSATZUNG

Mit einer Änderung der Bayerischen Bauordnung hat der Freistaat die in Erlangen geltende Freiflächengestaltungssatzung faktisch außer Kraft gesetzt. Seither fehlt der Stadt ein wichtiges Instrument, um Dach- und Fassadenbegrünung, begrünte Tiefgaragen oder den Erhalt unversiegelter Gärten verbindlich einzufordern. Genau solche Maßnahmen sind aber dringend notwendig, um das weitere Aufheizen der Stadt durch zunehmende Versiegelung zu verhindern.

Durch die geplante Modernisierung des Bau-Gesetzbuches im Bund gibt es nun aber wohl die Chance, solche Regelungen wieder zu schaffen: Hier können Kommunen über eine sogenannte Wiederherstellungssatzung Regelungen zur Begrünung von Freiflächen und Gebäuden treffen. Da große Teile Erlangens als städtische Ökosystemgebiete gelten, kann die Stadt von dieser neuen Regelung voraussichtlich Gebrauch machen.

„Der Freistaat hat den Kommunen ein bewährtes Instrument für mehr Grün in der Stadt genommen. Wenn der Bund jetzt eine neue rechtliche Grundlage schafft, muss Erlangen diese Chance sofort nutzen. Wir wollen keine Zeit verlieren und die bisherigen Regelungen schnell wieder in Kraft setzen, damit nicht immer mehr Flächen unnötig versiegelt werden", erklärt Fraktionsvorsitzender Philipp Dees.

Auch Umweltsprecher Andreas Richter unterstreicht die Bedeutung des Antrags: „Begrünte Dächer und Fassaden, entsiegelte Gärten und ausreichend Grünflächen sind kein Selbstzweck. Sie verbessern das Stadtklima, fördern die Artenvielfalt und helfen dabei, unsere Stadt an die Folgen des Klimawandels anzupassen."

Deshalb beantragt die SPD-Fraktion, dass die Stadtverwaltung bereits jetzt eine Wiederherstellungssatzung vorbereitet. Sie soll unmittel-

bar nach Inkrafttreten der gesetzlichen Grundlage wirksam werden. Zunächst sollen die bisherigen Regelungen der Erlanger Freiflächengestaltungssatzung übernommen werden. Anschließend soll geprüft werden, ob auf Grundlage von Umsetzungshinweisen und Mustersatzungen weitere Vorgaben für mehr Klimaschutz, Biodiversität und eine klimaresiliente Stadtentwicklung möglich sind.

SCHUHSTRAßE: SPD GREIFT INITIATIVE ZUR VERKEHRSBERUHIGUNG AUF

Die SPD-Fraktion greift den Vorschlag von Volker Waltmann, Inhaber der „Käseecke Waltmann" auf, den motorisierten Verkehr aus der Schuhstraße herauszunehmen. In einem Stadtratsantrag hat sie daher beantragt, dass die Stadtverwaltung einen Beteiligungsprozess für eine Sperrung der Schuhstraße für den motorisierten Verkehr organisiert. Ziel ist einen ersten Testlauf im Sommer 2027 zu starten. Einbezogen werden sollen insbesondere die Gewerbetreibenden in der Schuhstraße und ihrem Umfeld sowie die Anwohner*innen. Gleichzeitig sollen Zufahrtsmöglichkeiten für den Lieferverkehr und gegebenenfalls für tatsächliche Anlieger*innen berücksichtigt werden. Parallel soll gemeinsam mit den Erlanger Stadtwerken geprüft werden, wie die heute durch die Schuhstraße führenden Buslinien alternativ geführt werden können.

„Den motorisierten Verkehr aus der Schuhstraße herauszunehmen, schafft Raum für Menschen, für Begrünung und für mehr Aufenthaltsqualität", erläutert Barbara Pfister, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und selbst Bewohnerin der Innenstadt: „Damit werden Handel und Gastronomie gestärkt, denn Menschen kommen vor allem in die Bereiche der Innenstadt, in denen die Aufenthaltsqualität hoch ist. Das zeigt sich direkt vor Ort daran, wie belebt die Untere Karlstraße ist und wie viel weniger dies aktuell noch in der Schuhstraße der Fall ist."

Wichtig ist der SPD dabei eine Beteiligung der vor Ort Betroffenen: „Der Prozess zum Parkraumkonzept Bohlenplatz hat gezeigt, dass aus Beteiligung gute und breit akzeptierte Lösungen entstehen können", begründet SPD-Verkehrssprecher Dr. Andreas Richter: „Einen solchen Beteiligungsprozess wünschen wir uns auch für die Schuhstraße. Und gleichzeitig schlagen wir vor, dass die Auswirkungen einer Sperrung für den motorisierten Verkehr erst einmal erprobt werden: Ein Testlauf im Sommer 2027, nach einer Beteiligung der Betroffenen, könnte zeigen, ob Handel, Gastronomie und Anwohner*innen profitieren. Und: Er kostet die Stadt erst einmal fast nichts, aber schafft Raum für Handel und Gastronomie, kreativ auch die heutige Straße zu bespielen."

Dr. Philipp Dees, Sprecher der SPD-Fraktion für Stadtentwicklung, ergänzt: „Ein solcher zeitlich begrenzter Testlauf ermöglicht, noch einmal weiter zu optimieren, seien es Grundstückzufahrten, Lieferverkehr oder auch Aufenthaltsflächen. Gemeinsam kann daraus eine dauerhafte Umsetzung entwickelt werden, bei der dann auch Entsiegelung und Begrünung möglich werden – das geht im Testlauf natürlich nur eingeschränkt mit Pflanzkübeln oder ähnlichem. Wir sind überzeugt: Es kann gelingen, auch die Schuhstraße zu einem weiteren attraktiven Baustein unserer Innenstadt zu machen, einem Bereich, in dem Menschen gerne einkaufen, arbeiten, wohnen und ihre Freizeit verbringen."

GEWERBEFLÄCHEN: ENTWICKLUNG MUSS WEITER GEHEN!

Die SPD-Fraktion fordert, die Entwicklung einer neuen Gewerbefläche weiter voranzutreiben. „Leider hat der neue Oberbürgermeister den bisherigen Prozess des Stadtentwicklungskonzepts – und damit auch die Entwicklung neuer Gewerbeflächen – infrage gestellt. Und auch die Kooperationsvereinbarung von schwarz-grün enthält statt dem klaren Ziel, Flächen für die Entwicklung Erlanger Unternehmen schaffen zu wollen, lediglich eine unverbindliche Absichtserklärung", kritisiert der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Philipp Dees: „Dabei suchen Erlanger Betriebe, gerade aus dem Handwerk und kleinere produzierende Unternehmen, dringend nach Gewerbeflächen. Und auch Start-ups, die zum Beispiel im Umfeld unserer Universität entstehen, brauchen Flächen, auf denen sie sich entwickeln können. Deshalb muss die Entwicklung von Gewerbeflächen vorangehen!"

Gemeinsam mit dem damaligen Oberbürgermeister Dr. Florian Janik hatte die SPD die Entwicklung neuer Gewerbeflächen angestoßen. Dafür gab es einen klaren Fahrplan: Bis zur Landtagswahl 2028 sollten im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts geeignete Flächen gemeinsam mit der Stadtgesellschaft konkret identifiziert werden. Parallel zur Wahl sollte dann ein Bürgerentscheid über die vorgeschlagenen Flächen stattfinden, bevor die formalen Planungsverfahren beginnen. An diesem Zeitplan soll nach Auffassung der SPD festgehalten werden: „Unsere Erlanger Unternehmen benötigen die Flächen dringend – und wir benötigen die Unternehmen für Arbeitsplätze und auch Gewerbesteuer", so SPD-Wirtschaftssprecher Munib Agha.

Irritiert ist die SPD-Fraktion auch darüber, dass von CSU und Grünen vor allem auf die Ansiedlung neuer Unternehmen in Erlangen abgezielt wird: „Angesichts des Mangels an Gewerbeflächen droht so die Verdrängung unserer Erlanger Wirtschaft noch stärker zu werden, obwohl diese für Arbeitsplätze, stabile Gewerbesteuerzahlungen und – gerade beim Handwerk – auch Daseinsvorsorge elementar ist", erläutert Munib Agha: „Für uns bleibt daher Priorität, die Entwicklung Erlanger Unternehmen zu ermöglichen und Raum für die Unternehmen zu schaffen, die in unserem Innovationsbiotop um Universität, Forschungseinrichtungen und Gründerzentren entstehen. Dafür sollten die knappen Flächen in unserer Stadt vorrangig zur genutzt werden."

ABSCHAFFUNG VON VGN-PAPIERTICKETS OHNE RÜCKSPRACHE – SPD-FRAKTION HAKT NACH

Die Pläne des VGNs zur kompletten Abschaffung der Papiertickets erfuhr der Stadtrat überraschend über die Presse statt direkt über die Verwaltung. Die SPD-Fraktion hatte daher zur Stadtratssitzung vor der Sommerpause eine Anfrage gestellt. „Das Ticketangebot digitaler zu gestalten und an die Realitäten des Deutschlandtickets anzupassen, begrüßen wir als SPD-Fraktion ausdrücklich. Jedoch wurden ebenso Pläne und sogar ein Beschluss des VGNs verkündet, bis 2030 Papiertickets komplett einzustellen. Dies stellt eine sehr weitreichende Änderung dar, die viele Bürger*innen umtreibt. Hierzu ergeben sich eine Reihe von Fragen und es braucht Lösungen u. a. für Bürger*innen, die kein Smartphone besitzen“, betont der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Andreas Richter.

Im Stadtrat wurde von der Verwaltung eine Befassung mit den Plänen zugesagt, beschlossen sei noch nichts. Eine erste Diskussion wird Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss am 22. September stattfinden.

„Wir werden weiter dranbleiben und auf Lösungen bestehen, wie Bürger*innen ohne Smartphone oder Besucher*innen von außerhalb des VGN-Gebiets weiterhin den ÖPNV nutzen können“, stellt Richter klar.

INKLUSION IN DER BILDUNG WIRD AUSGEWEITET

Bereits seit 2018 existiert in Erlangen das Projekt der Partnerklassen, bei dem Kinder der Georg-Zahn-Schule (Förder-Zentrum für Menschen mit Beeinträchtigungen) gemeinsam mit einer Klasse der Regelschule unterrichtet werden. Dieses Erfolgsmodell, das an der Michael-Poeschke-Schule für einen Zug an der Grundschule eingeführt wurde, konnte 2021 auf die Ernst-Penzoldt-Mittelschule für die Jahrgangsstufen 5 und 6 ausgeweitet werden. Nun folgt der nächste Schritt: Auch in den Jahrgängen 7 und 8 soll nun gemeinsames Lernen möglich sein.

„Wir haben die Initiative des ‚Runden Tisches Inklusion in der Bildung‘ zur Einführung der Partnerklassen von Anfang an unterstützt, weil wir im gemeinsamen Lernen einen wichtigen Schritt zu mehr Inklusion in unserem Bildungssystem sehen”, betont Sandra Radue, Sprecherin für Bildung der SPD-Fraktion. „Wir freuen uns, dass dies nun noch länger erfolgen kann. Unser Dank gilt den engagierten Pädagog*innen, die dieses Projekt mir viel Herzblut mit Leben füllen und der Verwaltung, die dies so unkompliziert möglich gemacht hat.”

SPD DRÄNGT AUF EINFÜHRUNG WEITERER SCHULSTRAßEN

Die SPD drängt darauf, weitere Schulstraßen einzuführen. Das sind Straßen, die zu Schulbeginn und -ende jeweils für den motorisierten Individualverkehr gesperrt sind. Der Hol- und Bringverkehr bringt erhebliche Risiken für die Schulkinder mit sich und soll somit wenn möglich vermieden oder zumindest so verlagert werden, dass die Gefahren vermieden werden. Hierfür werden Hol- und Bringzonen eingerichtet, die auch unabhängig von Schulstraßen an verschiedenen Schulen bereits eingerichtet wurden.

In Erlangen konnte die erste Schulstraße in der Liegnitzer Straße (Sebaldussiedlung) an der Michael-Poeschke-Grundschule realisiert werden. Die ersten Evaluationsergebnisse zeigen, dass diese gut funktioniert, da sowohl Schulfamilie als auch Polizei die Einführung intensiv begleitet hatten.

Inzwischen werden an immer mehr Schulstandorten in Erlangen von Eltern und Lehrkräften Schulstraßen gefordert. Die SPD unterstützt dies ausdrücklich und konnte auch erreichen, dass die Einführung weiterer Schulstraßen im Arbeitsprogramm des Planungsamts für dieses Jahr aufgenommen wurde. Allerdings können, weil jede Schulstraße bei ihrer Einführung eine intensive Begleitung auch durch die Polizei benötigt - die natürlich auch andere Aufgaben hat -, nicht mehrere Schulstraßen gleichzeitig eingerichtet werden.

Aktuell setzt sich die Schulfamilie der Max-und-Justine-Elsner-Grundschule in Bruck sehr für eine Schulstraße dort ein. Auch vom Stadtteilbeirat Alterlangen liegt ein Antrag für die Hedenus-Grundschule vor. An einem Ortstermin von Elternbeirat, Schule, Förderkreis und Verwaltung nahmen von der SPD-Fraktion die beiden Stadträt*innen Andreas Richter, verkehrspolitischer Sprecher, sowie Sana Al-Maskari teil. Andreas Richter zeigt sich zufrieden mit dem Termin: „Die Verwaltung hat zugesagt, als ersten Schritt, die Hol- und Bringzone so zu verlagern, dass sie besser angenommen wird. Die Schulstraße umzusetzen, ist leider aufwändiger, aber wir bleiben dran.“

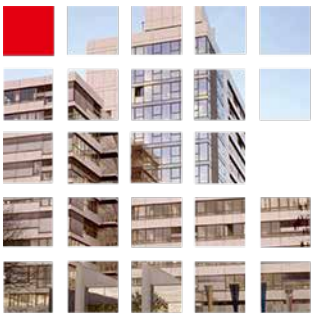
Die SPD-Fraktion setzt sich für die Einführung weiterer Schulstraßen ein, wie z.B. in Bruck an der Max-und-Justine-Elsner-Grundschule. Foto: Privat.

FRAKTIONSSITZUNGEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

VON KATJA RABOLD-KNITTER

Liebe Genoss:innen,

zu dem Ehrenamt als Stadtrat gehört auch die Teilnahme an den wöchentlichen Fraktionssitzungen. In diesen besprechen wir Antragsideen, beratschlagen über anstehende Ausschüsse und berichten von Gesprächen mit Bürger:innen, Vereinen, Unternehmen, etc. Diese Sitzungen sind parteiöffentlich (mit Ausnahmen, wie z.B. Personalangelegenheiten der Stadt). Wir laden euch herzlich dazu ein, an diesen teilzunehmen. So könnt ihr einen Einblick gewinnen, wie wir als Fraktion arbeiten, welche Themen aktuell sind oder z.B. vorbereitet werden.



SPD-Fraktion im Erlanger Stadtrat

Nachstehend die Termine:
04.10. 9:00-17:00 Haushaltsklausur Kleiner Ratssaal
05.10. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
12.10. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
19.10. 20:00 Konferenzraum im 14. OG
26.10. 20:00 Konferenzraum im 14. OG

Bitte meldet euch vorab bei Katja Rabold-Knitter im Fraktionsbüro (spd.fraktion@stadt.erlangen.de/ 09131/862225), wenn ihr an einer Sitzung teilnehmen möchtet.

Bitte gebt dabei gleich an, wenn ihr ein Thema habt, dass ihr gerne besprechen möchtet. Dann kann dies in der Tagesordnung berücksichtigt werden.

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Dr. Clemens Heydenreich
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 4006674
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
Mo 13:00 - 15:30 Uhr
Di 9:00 - 12:00 Uhr
Mi geschlossen
Do 10:00 - 13:00 Uhr
Fr geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225

Mail:
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Telefonische Erreichbarkeit:
Mo 11:00 - 13:00 Uhr
Di 11:00 - 13:00 Uhr
Do 11:00 - 13:00 Uhr

Sprechzeiten nach Vereinbarung

Bitte beachten: Das Büro ist innerhalb des Rathauses umgezogen. Es befindet sich weiterhin im 1. OG, nun aber im Zimmer 133.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Christian Stiegler (cs, presserechtlicher Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Munib Agha, Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling, Gabriela Heinrich, Katrin Hurle, Ralf Jähnert, Felix Klingert, Katja Rabold-Knitter, Sandra Radue, Andreas Richter, Felix Schmeißer, Harry Schreyer, Winfried Stein, Christian Stiegler, Felizitas Traub-Eichhorn

Druck:
Onlineprinters GmbH, Fürth

Auflage:
500 Stück

REDEBEITRAG IM STADTRAT IM JULI 2026

VON MUNIB AGHA

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

bevor ich auf die inhaltlichen Punkte eingehe, möchte ich zunächst etwas zur Kommunikation und zum Umgang mit dem Stadtrat anmerken.
In Ihrer Rede zur Konstituierung des Stadtrats, Herr Oberbürgermeister, stand unter der Überschrift „Mut zur Zusammenarbeit", dass Kooperation sich nicht als Abgrenzung, sondern als Einladung versteht. Sie betonten zudem: „Wir haben keine Zeit, uns zurückzulehnen." – Und da haben Sie recht: Wir haben keine Zeit zu verlieren.
Doch im Mai-Stadtrat habe ich Sie gefragt, wie der Prozess der Haushaltskonsolidierung aussehen soll. Ihre Antwort war: „Es gibt noch keinen Prozess" – obwohl Sie gleichzeitig betonten, dass keine Zeit für Zögerlichkeit sei. Im letzten HFPA haben wir dann nachgefragt, ob unsere Anträge behandelt werden. Auch darauf gab es zunächst keine klare Antwort. Immerhin: Heute werden alle drei Anträge besprochen. Dennoch frage ich mich: Hätten wir überhaupt über die Schreiben der Regierung gesprochen, wenn wir keinen Antrag gestellt hätten? Und vor allem: Warum sind Sie nicht von selbst auf die Idee gekommen, uns diese Schreiben zur Verfügung zu stellen?

Hier, Herr Oberbürgermeister, müssen Sie Ihrem eigenen Anspruch gerecht werden. Bitte binden Sie uns im kommenden Haushaltsprozess besser ein – zumindest, was die Informationen angeht. Sonst wird es für uns deutlich schwieriger, uns konstruktiv zu beteiligen und fundierte Einschätzungen abzugeben.
Zum Inhaltlichen: Die historische Betrachtung wird ignoriert.

Sie behaupten nun, wir würden nicht darüber diskutieren, was vor dem 1. Mai passiert ist. Das verwundert mich. Wir haben gemeinsam mit der Erlanger Linken eine Resolution eingebracht, in der es ausdrücklich um die Vorjahre geht. Dies wurde auch in der Öffentlichkeit diskutiert und in der Presse aufgegriffen.
Wir weisen darauf hin, dass wir in guten Zeiten:

- hohe Rücklagen gebildet,
- Schulden getilgt,
- Umschuldungen zu Niedrigzinsen vorgenommen und
- dadurch erhebliche Zinskosten gespart haben.

Doch die Regierung von Mittelfranken erkennt das nicht an. Dabei haben wir trotz dieser Maßnahmen viel getan, um uns zu entschulden – bis uns die außergewöhnlich hohe Rückzahlung in die aktuelle Situation gebracht hat. 2026 haben wir einen Haushalt aufgestellt, der immerhin einen positiven Saldo in der Verwaltungstätigkeit aufweist – etwas, das andere Großstädte wie Nürnberg oder München nicht vorweisen können. Doch auch das wird nicht gewürdigt. In unserem Papier gehen wir ausführlich auf das Haushaltskonsolidierungspapier ein. Umso mehr verwundert mich Ihre Aussage, wir würden die Vergangenheit ignorieren.

DIE AKTUELLE HAUSHALTSLAGE: EIN PARADOX

In der nichtöffentlichen Sitzung haben wir gehört, dass man sich sehr wohl über Schreiben austauschen kann. Gestern erhielten wir ein neues Schreiben, in dem steht, dass die Stadtspitze Protest gegen eine falsche Darstellung einlegen will: die Behauptung, Erlangen wolle 5 Millionen Euro mehr sparen. Sie fordern, dass diese Aussage gestrichen wird und legen dagegen Protest ein.
Für uns ist das der Beweis, dass die Summe von 30 Millionen Euro bis 2029 (bzw. kumuliert 64 Millionen) nicht realistisch ist – nicht ohne massive Strukturzerstörung.

Die Regierung muss die Fakten anerkennen:

- 2024 haben wir den Haushalt mit großer Mehrheit (CSU, SPD, Grüne, FDP) beschlossen – einen ausgeglichenen Haushalt mit hohem Investitionsvolumen.
- Auf Wunsch von Grünen und FDP wurden die Investitionen noch einmal erhöht.
- Nach der Beschlussfassung stellte sich heraus: Wir müssen 123 Millionen Euro aus liquiden Mitteln zurückzahlen – und haben plötzlich keine Liquidität mehr, um unsere Investitionen zu finanzieren.

Die Regierung schlägt nun vor, Investitionen mit Kassenkrediten zu finanzieren, obwohl das Ziel der Verwaltung war, einen Nachtragshaushalt für Investitionskredite zu beantragen. Hier werden Kassenkredite missbraucht!

Die Regierung weiß, dass diese Mittel für Investitionen und nicht für den Saldo der Verwaltungstätigkeit bestimmt sind. Deswegen fordern wir: Erkennen Sie an, dass diese Situation außergewöhnlich ist!

FRAGEN ZU DEN SCHREIBEN DER REGIERUNG

Mit den Haushaltsberatungen beginnt jetzt die heiße Phase. Für mich ist die Basis die Doppik, die klar regelt, was Einnahme und was Ausgabe ist. Doch im Schreiben der Regierung heißt es, bestimmte Einnahmen oder Ausgabenkürzungen, die wir beschlossen haben, würden nicht anerkannt, weil sie nicht „aktiv gesteuert und gewollt" seien.

Beispiel 1: Erlanger Jobcenter
Als Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses erinnere ich mich, dass wir bewusst beschlossen haben, eine oder zwei Stellen nicht mehr zu bewirtschaften. Das war eine aktive Entscheidung – warum wird das im Schreiben der Regierung nicht als Einsparung anerkannt?

Beispiel 2: Bundeshaushalt & Jobcenter
Wenn der Bundestag im Rahmen der Haushaltsbereinigung beschließt, dass die Jobcenter mehr Geld erhal-

ten, weil Kürzungen zurückgenommen werden – dürfen wir das dann nicht berücksichtigen? Das würde bedeuten, dass wir mehr Liquidität hätten und Kassenkredite zurückzahlen könnten, aber laut Regierung zählt das nicht.

Beispiel 3: Reform des BayKiBiG (Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz)
Durch die Reform erhalten wir zwar mehr Mittel – zu Lasten der Eltern, aber aus reiner Haushaltssicht bedeutet das: Die Kommune wird entlastet. Doch die Regierung sagt: „Diese Millionen dürft ihr nicht berücksichtigen." Selbst wenn es eine einmalige Einnahme ist. Warum können wir sie nicht nutzen, um Kassenkredite zu tilgen?

EXTERNE UNTERNEHMENSBERATUNG: EIN FALSCHER WEG

Ich muss es offen sagen: Ich bin entsetzt, dass wir eine externe Unternehmensberatung mit der Haushaltssanierung beauftragen sollen.

- Was haben Sie am Montag und Dienstag besprochen, das Sie zu dieser Überzeugung gebracht hat?
- Zuerst hieß es, es sei nur eine Empfehlung der Regierung – doch in der E-Mail steht eine Drohung: „Ihr müsst das machen."

Warum das keine gute Idee ist:

1. Fehlende Expertise: Unternehmensberatungen haben keine spezifische Kenntnis über kommunale Haushalte. Der BKPV (Bayerischer Kommunaler Prüfdienst) mag noch Expertise haben – aber selbst die prüfen nur, sie leben nicht das Tagesgeschäft. Schon unter OB Balleis gab es eine solche Beratung – ohne Erfolg. Warum sollte es diesmal klappen?
2. Kein Mehrwert durch Externe: Wo soll eine zusätzliche Sparmaßnahme herkommen, wenn jemand von außen, der nicht Teil dieser Organisation ist, Maßnahmen vorschlägt, die die eigenen Mitarbeiter nicht sehen? Das ist unrealistisch.
3. Verantwortungsdiffusion: In vielen Unternehmen werden Beratungen nur eingesetzt, um sich aus der Verantwortung zu stehlen, um später sagen zu können: „Die Beratung hat es so vorgeschlagen, wir hatten keine Alternative."
4. Gefahr eines Hebels für die Regierung: Wenn im Bericht der Beratung Maßnahmen stehen, die wir alle für falsch und katastrophal halten, aber dort mit 10 Millionen Euro Sparpotenzial bewertet werden – was dann? Die Regierung könnte sagen: „Ihr könnt die Maßnahme streichen, aber dann müsst ihr woanders 10 Millionen sparen." Das wäre ein Hebel, den die Regierung per Gesetz nicht hat. Sie darf uns nicht vorschreiben, welche Maßnahmen wir streichen, sondern nur, wie viel wir sparen müssen. Mit der Beratung würde sie sich diese Macht anmaßen.

Wir werden zwar heute noch nichts beschließen, aber ich appelliere dringend: Verzichten Sie auf eine externe Unternehmensberatung!

Die Expertise liegt in der Stadtverwaltung. Die Verantwortung liegt bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und Ihren Referent:innen. Ich sehe keinen Weg, wie eine externe Beratung uns zum Erfolg führen soll.
Meine Erwartung ist:

Die Vorschläge müssen von Ihnen erarbeitet werden. Ich glaube nicht, dass Externe bessere Lösungen liefern können als die, die täglich mit den Strukturen arbeiten.

BERICHT AUS BERLIN

VON GABRIELA HEINRICH

Gabriela Heinrich (MdB), unsere Betreuungsabgeortnete in Berlin. Foto: Photothek Media Lab

Liebe Genossinnen und Genossen,
Deutschland ist eine Demokratie. Das erschien mir lange Zeit so sicher wie das Amen in der Kirche. Andererseits ist vielleicht auch das Amen in der Kirche nur so lange sicher, wie es Kirche noch gibt. Doch auch Demokratie war weder schon immer da, noch wird sie automatisch bleiben – ohne Zutun und Engagement. Sie ist kein Selbstläufer. Die Herrschaft des Volkes funktioniert nur, wenn das Volk bereit ist, sich einzubringen. Oder zumindest bereit ist, demokratisch zu wählen. Die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung bei den vergangenen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern und auch die in Berlin hat gezeigt, dass der Wunsch der demokratischen Teilhabe sogar gestiegen ist. Allerdings leider nicht unbedingt der Wunsch, solche Parteien zu wählen, die auch der Demokratie eine gute Zukunft wünschen. In Sachsen-Anhalt haben 43,8 Prozent der Bevölkerung die AfD gewählt. In Mecklenburg-Vorpommern ist die CDU knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert und wird nicht mehr im Landtag vertreten sein. Und auch wenn die SPD mit 35,5 Prozent ein ordentliches Ergebnis erzielt hat: Die AfD ist mit 38,2 Prozent der Stimmen stärkste Kraft. Demokratisch gewählt wurde eine Partei, die unsere Demokratie gefährdet. Das zeigt uns, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist. Es zeigt uns, dass Demokratie Fürsorge braucht.

Eine Art Fürsorge ist der Internationale Tag der Demokratie. Er findet jedes Jahr am 15. September statt und wurde 2007 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ins Leben gerufen, um die Grundsätze der Demokratie zu fördern. Und in der heutigen Zeit heißt das: Zeigen, dass Demokratie gut ist, dass sie wichtig ist, dass wir auf sie aufpassen müssen.

Denn weltweit wendet sich der Trend gegen die Demokratie. An der Uni Göteborg wird Demokratie gemessen. Das „Varieties of Democracy-Project“ (V-Dem-Project) arbeitet mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern weltweit zusammen. Insgesamt 4.200 Expertinnen und Experten stellen ihre Daten und Ergebnisse zur Verfügung, um Demokratien weltweit untersuchen zu können. Ende 2025 waren 92 Länder dieser Erde Autokratien und 87 waren Demokratien. Aber: 41 Prozent der Weltbevölkerung lebt aktuell in Ländern, die zu Autokratien werden. Die Wissenschaft spricht von einer „Autokratisierungswelle“.

Eine der Wissenschaftlerinnen, die für das V-Dem-Project forschen, ist Professor Katrin Kinzelbach, Inhaberin des Lehrstuhls für Menschenrechtspolitik an der FAU Erlangen-Nürnberg. Sie war Mitte September mein Gesprächsgast. Gemeinsam mit meinem Kollegen im Menschenrechtsausschuss Dr. Ralf Stegner und Ulrich Willmer, Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde St. Johannis. Wir haben über Zivilgesellschaft gesprochen. Und darüber, dass zivilgesellschaftliche Räume für demokratische Akteure weltweit kleiner werden. Weil Demokratien zu Autokratien werden, aber auch weil zivilgesellschaftliche Räume in Demokratien von rechtsautoritären Kräften besetzt werden. Das sehen wir nach Wahlen wie denen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Und wir spüren es, wenn rechtes Gedankengut ganz selbstverständlich unter einen Social-Media-Post kommentiert wird. Oder wenn wir im Sportverein überlegen, ob wir unsere Meinung sagen, weil wir fürchten, dass wir die einzigen mit dieser Haltung sind. In unserem Gespräch haben Ralf Stegner, Katrin Kinzelbach, Ulrich Willmer und ich festgestellt, dass wir einen großartigen Rahmen für eine starke Demokratie haben. Denn unser Grundgesetz stärkt demokratische Kräfte. Es eröffnet uns zivilgesellschaftliche Räume, in denen wir aktiv für unsere Demokratie eintreten können. Und es gibt viele Menschen, die sich engagieren. Und die feststellen, dass es Mut macht und stark zugleich, wenn man sich in Gemeinschaft engagiert. „Wir sind ja wer und wir können was“, so resümierte Ulrich Willmer den Abend. Und ich finde, er hat Recht. Wir haben allen Grund, das Gute zu sehen, das wir sind und das wir haben. Und mit diesem Stolz müssen wir uns für unsere Demokratie einsetzen. Damit sie bleibt. Denn selbstverständlich ist sie nicht.

Mit solidarischen Grüßen
Gabriela Heinrich

KULTURHAUSHALT IN DER FINANZKRISE

EMPFEHLUNG DES KULTURAUSSCHUSSES DES DEUTSCHEN STÄDTETAGES 169. SITZUNG AM 10./11. SEPTEMBER 2026

EINGEBRACHT VON MUNIB AGHA

GRUNDSÄTZLICHES

Die Kommunen sind in einer existenziellen finanziellen Krise. Die fast 31 Mrd. Euro Defizit in 2025 bedeuten, dass mittlerweile fast keine Kommune in Deutschland einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen kann und alle Kommunen massive Einsparungen durchführen müssen, um ihre Haushalte in den Griff zu bekommen. Dabei ist diese verheerende Situation nicht selbstverschuldet, sondern insbesondere Resultat bundes- und landespolitischer Entscheidungen, die in den Kommunen zu einer Kostenexplosion im sozialen Bereich geführt haben. Auch haben internationale Entwicklungen die Gewerbesteuereinnahmen in zahlreichen Städten einbrechen lassen.
In allen Kommunen stehen Kürzungen in den sogenannten freiwilligen Bereichen an. In der Diskussion stehen Schließungen von Schwimmbädern, massive Kürzungen in der Kultur und im Sport. Wichtige Transformationsprozesse werden gestoppt, und die Angebote des ÖPNV eingeschränkt. Die Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen stehen zur Kürzung an und viele Freizeitangebote stehen auf dem Prüfstand. Dabei ist allen Beteiligten klar, dass allein durch kommunale Sparbemühungen die Finanzkrise nicht bewältigt werden kann und die Menschen in den Städten das Versagen des Staates „live“ erleben. Dies führt zu erheblichem Unmut und spielt den Rechtspopulisten und anderen Feinden der Demokratie in die Hände.
Der Bund und die Länder müssen dringend einen größeren Teil der Sozialleistungen mitfinanzieren, die sie den Kommunen aufgebürdet haben. Bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und der Jugendhilfe müssen sich Bund und Land stärker als bisher beteiligen. Als Soforthilfe müssen die Kommunen einen größeren Anteil an den gesamtstaatlichen Steuereinnahmen bekommen, und die Unterstützung bei den notwendigen Investitionen muss weiter ansteigen und unbürokratisch nach Bedarf verteilt werden.

Doch selbst wenn dies alles umgesetzt wird, kommen die Kommunen nicht an einer Reduzierung ihres Aufwandes vorbei. Damit dies nicht zur unnötigen Zerstörung vorhandener Strukturen und einer Verödung der deutschen Städte führt, muss dies planvoll, strukturiert und gerecht umgesetzt werden. Der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages befasst sich seit Jahren mit dieser Situation und beobachtet vielerorts hektisches Handeln, nicht durchdachte Sparmaßnahmen und eine Konzentration auf eigene, nicht gesetzlich geregelte Aufgaben der Kommunen. Dabei ist allen Beteiligten bewusst, dass selbst bei einer Streichung aller finanziellen Mittel für die eigenen Selbstverwaltungsaufgaben, die Haushaltslöcher nicht annähernd ausreichend gestopft werden können – wir aber riskieren, die Vielfalt des städtischen Lebens zu reduzieren, Teilhabe einzuschränken und Engagement zu behindern.
Soll Haushaltskonsolidierung funktionieren und akzeptiert werden, so sind die folgenden Grundregeln wichtig:

- Kein Bereich des Haushalts darf von den Konsolidierungsbemühungen ausgenommen werden. Dies gilt für rechtlich geregelte und nicht geregelte Pflichtaufgaben (die zumeist auch freiwillige Aufgabenbestandteile haben) wie auch für eigene, gesetzlich nicht geregelte Selbstverwaltungsaufgaben. Sollten dennoch Ausnahmen gemacht werden, müssen sie nachvollziehbar und gut begründet werden.
- Alle Bereiche müssen individuell betrachtet werden, wenn man strukturelle Erfolge erzielen will. Die Möglichkeiten und Auswirkungen von Einsparungen und Ertragssteigerungen sind so unterschiedlich, wie die Verwaltung und ihre Aufgaben vielfältig sind. Darüber hinaus gibt es oft Auswirkungen in ganz anderen Produktbereichen als die von den Maßnahmen betroffenen. Dabei sind individuelle Ziele zu erarbeiten, die in ihrer Gesamtheit das Konsolidierungsziel erreichen. Dies ist ein arbeitsreicher und komplizierter, aber notwendiger Prozess. Die Rasenmäher-Methode funktioniert nicht zielgerecht.
- Haushaltskonsolidierungsprozesse müssen mittelfristig bis langfristig ausgelegt werden, damit sie strukturelle Veränderungen ermöglichen können. Nur kurzfristig oder einmalig wirkende Aufwandsreduzierungen bergen die Gefahr, wichtige Strukturen und Angebote zunichtezumachen oder die Trägervielfalt zu zerstören.
- Es muss dringend verhindert werden, dass es zu einer Entsolidarisierung kommt, weil sich Teile der Stadtgesellschaft ungerecht behandelt fühlen. Einen Verteilungskampf kann sich niemand wirklich erlauben. Am Ende gibt es nur Verliererinnen und Verlierer. Auch deshalb ist Kommunikation besonders wichtig.

SPAREN AUCH IN GESETZLICH GEREGELTEN BEREICHEN (SOGENANNTE PFLICHTAUFGABEN)

Oft wird darauf hingewiesen, dass bei den Pflichtaufgaben durch die gesetzlichen Regelungen keine Einsparungen möglich seien. Dies ist in der Regel falsch, zumal sich die wirklich großen Haushaltsvolumen in den pflichtigen Bereichen befinden.

Um Einsparpotenziale ausfindig machen zu können, sind oft Städtevergleiche hilfreich, die bei großen Unterschieden in den Kostenstrukturen bei der Aufgabenerbringung Hinweise für solche Potenziale liefern.

Verbesserungsmöglichkeiten lassen sich auch durch Organisationsuntersuchungen in den einzelnen Aufgabenfeldern ermitteln. Eine adäquate und effiziente Aufgabenerledigung kann zu erheblichen Einsparpotenzialen führen. Die Überprüfung vorhandener Verträge, Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Wirkungsanalysen kann Alternativen der Leistungserbringung aufzeigen, die mittelfristig zur Senkung des Aufwandes führen können.

Hilfestrukturen, die aufeinander sinnvoll aufbauen und nicht zu mehrfacher, gleichzeitiger und vielleicht unnötiger Hilfeleistung führen, können erhebliche Einsparpotenziale aufweisen. Ein System von Prävention, ambulanter Hilfe und stationären Einrichtungen, das klug aufeinander aufbaut, kann teure stationäre Hilfeleistungen einschränken helfen und so enorme Kosten sparen helfen. Manchmal macht es Sinn, kurzfristig auch in soziale und Bildungsleistungen zu investieren, auch wenn sie nicht gesetzlich verpflichtend sind. So kann es z.B. gelingen, teure Leistungen durch eine bessere Integration in Arbeit und die Befähigung zu einem selbstbestimmten Leben zu vermeiden und damit langfristig einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Die „Rentierlichkeit“ dieser Ausgaben ist dann im Zeitablauf zu überprüfen.

SPAREN IN DER KULTUR (EIGENE, NICHT GESETZLICH GEREGELTE SELBSTVERWALTUNGSAUFGABEN)

Die eigenen, nicht gesetzlich geregelten Selbstverwaltungsaufgaben, die sogenannten freien Aufgaben, sind das Herzstück der Kommunalpolitik. Sie zeichnen die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung aus. Wenn Kommunen aus finanziellen Gründen vollständig auf ihre eigenen Aufgaben (freie Selbstverwaltungsaufgaben) verzichten, degradieren sie sich zu Ausführungsorganen bzw. Verwaltungseinheiten des Bundes und der Länder. Damit geht die demokratische Selbstorganisation der Kommunen verloren und den Bürgerinnen und Bürger wird die Erfahrung unmittelbarer kommunaler Demokratie verwehrt. Gewählte Räte und Bürgerbeteiligungen ohne Entscheidungsspielraum machen einfach keinen Sinn und erzeugen nur Frustration.

Wenn bei den eigenen Selbstverwaltungsaufgaben im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gespart werden muss, ist es hilfreich, genau hinzuschauen, um den Wert des Angebots für die Stadt und die gesellschaftliche Entwicklung wirklich ermessen zu können. Insbesondere in der Zeit massiver Angriffe auf die Demokratie sind kulturelle Angebote oftmals diejenigen, die den Widerstand gegen autoritäre Tendenzen organisieren und demokratische Strukturen festigen. Auch deshalb ist die Kultur eines der Hauptangriffsziele antidemokratischer Kräfte. Darüber hinaus fördert die Kultur kreative, tolerante und kritische Einstellungen, die für eine demokratische Gesellschaft wesentlich sind.

Strukturell nachhaltige Sparmaßnahmen brauchen Zeit. Sie können nur mittelfristig erfolgreich Strukturen anpassen. Theater und hier insbesondere die Oper haben lange Planungszeiträume und laufende Verträge, die nicht kurzfristig aufgehoben werden können. Die Spielpläne werden mit einem Vorlauf von ein bis zwei Jahren erstellt und mit Verträgen versehen. Ähnlich sieht es bei den Museen aus, die ihre Ausstellungen entsprechend frühzeitig planen müssen, um die Kunstwerke zur Ausstellung erhalten zu können und auch die Umsetzung verwirklichen zu können.

Kurzfristige massive Sparbemühungen führen zu erheblichen Liquiditätsproblemen bei den Einrichtungen - bis hin zu drohender Insolvenz -, wenn keine Rücklagen, Eigenkapital oder notwendige liquide Mittel vorhanden sind. Kurzfristige pauschale Konsolidierungsanforderungen an die Kultur führen deshalb auch oft zu einer einseitigen Belastung der Freien Szene oder zu einer überproportionalen Belastung von Bibliotheksangeboten, Volkshochschulangeboten, Festivals und anderen Kulturangeboten, die keine langfristigen Vertragsbindungen aufweisen können. Viele einzelne Kulturschaffende haben oft nur eine geringe Lobby und können sich deshalb kaum gegen Kürzungen wehren, gleichzeitig ist hier aber auch das Risiko einer dauerhaften Zerstörung kultureller Angebote und Potenziale am größten. Und das Konsolidierungspotenzial ist in der Regel extrem niedrig, so dass viel zerstört, aber wenig gespart wird.

Gesellschaftspolitisch am schwierigsten ist es, wenn an der Kulturellen Bildung gespart wird, nur weil hier sehr kurzfristig Einsparungen auch in Theatern und Museen möglich sind. Dies gilt es unbedingt zu vermeiden. Nicht nur, weil hier bei den Schwächsten – in der Regel den Kindern – gespart wird, sondern auch, weil mühsam aufgebaute Strukturen zwischen Kultureinrichtungen, Schulen und Jugendzentren erhalten bleiben müssen.

Deshalb ist es wichtig Konsolidierungsmaßnahmen mittelfristig zu betrachten und verbindlich festzusetzen, damit für alle Beteiligten Planbarkeit gesichert werden kann. Nur wenn die Kultureinrichtungen wissen, wie der finanzielle Rahmen in den nächsten Jahren ist, können sie ihre Struktur und ihr inhaltliches Angebot daran ausrichten. Der „Zukunftspakt“ für die Theater, den der Deutsche Bühnenverein entwickelt hat, ist hierfür ein geeignetes Beispiel.

KOMMUNIKATION

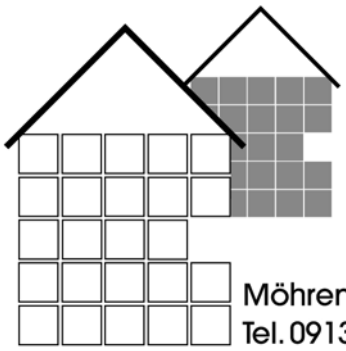
Damit Haushaltskonsolidierung erfolgreich gelingt, ist gute Kommunikation extrem wichtig. Alle Beteiligten und auch die Bevölkerung müssen transparent über die aktuelle finanzielle Lage der Kommune informiert werden, um die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen nachvollziehen zu können. Dabei ist es hilfreich zu erwähnen, dass wesentliche Ursachen für die Finanzkrise die Belastungen der Kommunen durch pflichtige Aufgaben der Gesetzgeber Bund und Land sind.

Kulturkonferenzen können die Situation erläutern und gemeinsame alternative Lösungsmöglichkeiten für die Kultur entwickeln helfen. Besonders wichtig bei allen Aktivitäten ist Verlässlichkeit für die zukünftige Finanzierung, auch wenn diese geringer ausfällt.

Akzeptanz ohne Verlässlichkeit ist schlichtweg nicht möglich. Dabei ist es wichtig, dass trotz intensiver interner Diskussion, die Haushaltskonsolidierung als gemeinsames Werk nach außen vertreten wird. Hierbei müssen die Rollen zwischen Hauptverwaltungsbeamtinnen und – beamten, Stadtkämmerern und -kämmerinnen und Beigeordneten gut verteilt werden, damit Nachvollziehbarkeit und Glaubwürdigkeit weitestgehend sichergestellt werden können. Für die Kultur spielt es eine große Rolle, ob der/die zuständige Beigeordnete die Vorschläge vertreten kann und dies auch in der Öffentlichkeit gelingt.

FAZIT

- Bund und Länder tragen durch ihre Gesetzgebung die Verantwortung für die kommunale Finanzkrise. Sie müssen sich zu ihrer Überwindung strukturell finanziell beteiligen.
- Haushaltskonsolidierung auch in der Kultur wird sich dennoch nicht vermeiden lassen.
- Freie Selbstverwaltungsaufgaben sind nicht das Sparpotenzial, sondern das Herzstück kommunaler Selbstverwaltung.
- Kultur hat für unser freiheitlich demokratisches Gemeinwesen einen besonderen Wert.
- Einsparungen müssen überall geschehen, auch im pflichtigen Bereich.
- Mittelfristige strukturelle Maßnahmen sind kurzfristigen Strohfeuern, in denen die Freie Szene verbrennt, vorzuziehen.
- Kommunikation und Aufklärung sind für die Akzeptanz wichtig.
- Verteilungskämpfe sind unter allen Umständen zu verhindern.



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

ZURÜCK ZUR KERNKRAFT? NEIN DANKE!

VON GERHARD CARL

Die Debatte schwelt schon länger, im Zuge der Energiekrise ist sie jedoch wieder offen ausgebrochen. Hohe Strompreise, wachsende Sorgen der Industrie und die Erfahrung, wie verletzlich eine auf Öl- und Gas-Importe angewiesene Energieversorgung sein kann. Die Energiekrisen der vergangenen Jahre, ausgelöst einerseits von Russlands Krieg gegen die Ukraine und andererseits durch die derzeitige Sperre der Straße von Hormus, wird in der Bundesrepublik Deutschland durch konservative Politiker und rechte Populisten/Rechtsextreme der Atomausstieg plötzlich wieder infrage gestellt. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, der 2011 nach dem Super-GAU in Fukushima noch vehement den Ausstieg aus der Atomkraft gefordert hatte, bezeichnet den Ausstieg rückblickend als einen „schweren Fehler". Und Bundeskanzler Friedrich Merz sagte Anfang 2026 beim Neujahrsempfang der Wirtschaft in Halle wörtlich: „ Es war eben ein schwerer strategischer Fehler, aus der Kernenergie auszusteigen."

Markus Söder brachte in einem Interview mit der Welt am Sonntag, das am 15. November 2025 erschien, Small Modular Reactors (SMR) ins Spiel. Doch was sind diese SMR? SMR sind Kernreaktoren mit einer elektrischen Leistung von bis zu 300 Megawatt, während klassische Atomkraftwerke auf das Drei- bis Fünffache dieser Leistung kommen. Statt eines einzigen großen Reaktors werden mehrere kleinere Module fabrikmäßig vorgefertigt und vor Ort zusammengesetzt, was Bauzeiten verkürzen, Kosten senken und Risiken begrenzen soll.

In westlichen Industrieländern wurde bislang kein SMR kommerziell ans Netz gebracht. Auch der oft beschworene Zeitvorteil beim Bau, verglichen mit den alten großen Reaktoren, relativiert sich. Fachleute gehen davon aus, dass es selbst unter sehr günstigen Bedingungen mindestens zehn bis 15 Jahre dauern würde, bis ein erster SMR in Europa Strom produziert – und das wäre dann nur ein Prototyp, keine Serienanlage.

Noch viel ernüchternder ist der Blick auf die Kosten. Für einen einzelnen SMR mit rund 300 Megawatt Leistung werden derzeit Investitionen von etwa 1,3 bis 2,4 Milliarden Euro veranschlagt. Ob diese Zahlen realistisch sind, ist offen – schließlich gibt es hier bislang kaum Erfahrung. Von günstigen kleinen Reaktoren kann auf längere Sicht keine Rede sein. Das deutsche Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) geht davon aus, dass die spezifischen Kosten pro Kilowatt Leistung bei SMR höher liegen dürften als bei größeren Reaktoren, solange es keine echte Serienfertigung gibt. Umgerechnet auf die Stromgestehungskosten rechnen viele Studien für SMR mit 120 bis 180 Euro pro Megawattstunde oder mehr, abhängig von Baukosten und Finanzierung. Zum Vergleich: Neue Gaskraftwerke liegen bei moderaten Gaspreisen bei etwa 70 bis 100 Euro/MWh, können unter ungünstigeren Bedingungen jedoch deutlich teurer werden. Onshore-Wind kommt häufig auf 40 bis 70 Euro/MWh, Photovoltaik-Freiflächenanlagen teils auf 35 bis 60 Euro MWh.

Auch rechtlich wäre der Bau von Mini-AKW in der Bundesreplik Deutschland derzeit nicht möglich, denn bevor ein SMR überhaupt geplant werden könnte, wären eine grundlegende Änderung des Atomgesetzes sowie jahrelange Genehmigungs- und Sicherheitsverfahren erforderlich. Von einer schnellen oder einfachen Umsetzung kann in diesem Bereich keine Rede sein.

Und dann gibt es noch ein ganz altes Problem, das seit Jahrzehnten auf eine Lösung wartet, und an dem auch kleine Reaktoren nichts ändern werden: Wohin mit dem hochradioaktiven Atommüll? Zwar fällt pro SMR weniger Abfall an als bei einem Großmeiler, dafür wären für eine relevante Strommenge aber deutlich mehr Anlagen nötig. Ein Endlager bleibt unverzichtbar, wie das Bundesamt BASE ausdrücklich feststellt. Markus Söder hat jedoch ein Atommüll-Endlager in Bayern bereits 2019 kategorisch ausgeschlossen.

Fazit: An Windkraft und Photovoltaik führt kein Weg vorbei. Windenergie und Photovoltaik spielen beim Umgang mit dem Klimawandel eine entscheidende Rolle. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist auch ein wichtiger Wirtschaftszweig, der den Kommunen Geld einbringt – und das in einer Zeit, in der viele von ihnen mit klammen Kassen kämpfen. Die Kommunen profitieren von dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Zahlen unterscheiden dabei zwischen Beträgen, die in den Kommunen verbleiben und Geldern, die aus den Regionen abfließen. Einnahmen, die den Kommunen zugutekommen, ergeben sich etwa aus Verpachtung, Beteiligungen an Betreibergesellschaften oder dem Betrieb von Anlagen durch die kommunalen Stadtwerke. Zudem können Kreise und Städte durch die erneuerbaren Energien von mehr Standortattraktivität, Unternehmensansiedlungen und steigende Gewerbesteuereinnahmen profitieren. Aus günstigen, lokalen Stromtarifen können Anwohnende einen Nutzen ziehen. Für lokale Bauunternehmen ergeben sich Aufträge im Zusammenhang mit dem Auf- und Ausbau von Anlagen.

(vgl. Erlanger Nachrichten / 16. Mai 2026 und 18. Juli 2026)

NUR POLITIK

VON HARRY SCHREYER

Professor Börsch-Supan, Mitglied der 2018er Kommission „verlässlicher Generationenvertrag“ kritisierte, dass ja nichts Entscheidendes herauskommen kann, wenn mehr als Zwei-Drittel der Kommission von Berufspolitikern und Interessenvertretern wie DGB oder BDA besetzt ist. Da stehe ja nicht die Sache, sondern die (Interessen-) Politik im Mittelpunkt und es werde immer auf das Wahlvolk geschielt, das zunehmend aus RentnerInnen besteht, die im Gegensatz zu den Jungen auch noch fleißig wählen gehen (vgl. Axel Börsch-Supan in: Cicero 27.03.2020). Offenbar sollte sich das mit der Kommission 2026, die „Alterssicherung“ heißt, ändern. Sie bestand ursprünglich aus acht Wissenschaftlern (vier von CDU/CSU und vier von SPD benannt), sowie zwei Vorsitzenden, Constanze Janda und Frank-Jürgen Weise. Dann kamen aber doch noch drei stellvertretende Vorsitzende aus der (jungen?) Politik hinzu. Das Ergebnis dieser Kommission wurde als „Gesamtkunstwerk“ (Bärbel Bas) gelobt, die Empfehlungen als Frage der Mathematik (Friedrich Merz) praktisch alternativlos gestellt.

STREIT IST DER VATER...

Altbundeskanzler Olaf Scholz hatte in der Debatte zum Misstrauensvotum gegen ihn im Dezember 2024 den Finger in die Wunde der Sozialstaatsdebatte, insbesondere Rente, gelegt: Er warf dem Oppositionsführer Merz vor, er wolle die Rente nach 45 Versichertenjahren abschaffen, die Rente ab siebzig einführen und das Rentenniveau kürzen. Merz hatte das in der Debatte glatt als „Lüge“ zurückgewiesen.

Ein Streit zwischen Parteien, die schon auf Wahlkampfmodus waren. Der zweite Streit spielte sich innerhalb der neuen Regierung 2025 ab. Nicht zwischen SPD und CDU/CSU sondern innerhalb der CDU/CSU Fraktion. 2018 reagierte man mit einer „Haltelinie“ gegen ein weiteres Absinken des Rentenniveaus oder des Gesamtversorgungsniveaus. Die Rente sollte nicht unter 48 Prozent im Vergleich zu den Löhnen absinken. Das war bis 2025 vereinbart. Diese Haltelinie sollte mit der neuen Regierung (Koalitionsvertrag 2025 S. 19) bis 2031 verlängert werden, was glatt eine „Revolution“ von jungen Abgeordneten aus CDU/CSU auslöste, die ihre Generation benachteiligt wähnten und sich selbst mächtig genug, um mit Ablehnung zu drohen, was die Regierungsmehrheit in einer bereits doppelt „geeinten“ Angelegenheit (so Bärbel Bas am 16.10.2025 im Bundestag) in Frage stellte.

DER KOALITIONSVERTRAG

Sicher kein Gesamtkunstwerk und keine mathematische Formel, aber ein politischer Kompromiss, in dem doch die meisten Fragen zur Rente entschieden waren. Auf zwei Seiten (S. 19 und 20) eine politische Einigung, kurz, knapp, bündig. Die Absicherung des Rentenniveaus von 48 Prozent bis 2031, die Beibehaltung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versichertenjahren, Einführung einer Frühstartrente – über deren Ankündigung durch Merz im Dezember 2024 die SPD-Abgeordneten noch gelacht haben –, anstatt einer Erhöhung der gesetzlichen Regelaltersgrenze sollte mehr Flexibilität beim Übergang in die Rente geschaffen sowie eine Aktivrente eingeführt werden. Zitat: „Dabei setzen wir auf Freiwilligkeit“. Eine Rentenkommission sollte erst Mitte der Legislatur eingesetzt werden, ihre Aufgabe sollte die Prüfung einer neuen „Kenngröße für eine Gesamtversorgung über alle drei Rentensäulen“ werden.

ZUR SACHE

Genau genommen haben die „Rebellen“ in den Reihen der CDU/CSU angesetzt, den Koalitionsvertrag und damit vielleicht sogar die Koalition in Frage zu stellen. Vielleicht haben sie auch nur die „Drecksarbeit“ für Merz übernommen, wer weiß das schon? Jedenfalls kam die Zustimmung zur Haltelinie bis 2031, die schon zweimal geeint war (im Koalitionsvertrag und im Koalitionsausschuss) nur zustande, weil zugesagt wurde, die Rentenkommission soll die Arbeit früher aufnehmen, schneller Ergebnisse liefern und unter Aufsicht von Vertretern der Rebellen und Annika Klose stehen. Das Ergebnis sollte „der Sache“ dienen.

Ich habe Zweifel:
Es sind die Nebensätze, die Aufschluss geben. Frank-Jürgen Weise, neben Frau Prof. Constanze Janda Vorsitzender der Kommission Alterssicherung wandte sich am 23.06.2026 in der Pressekonferenz zur Vorstellung des Ergebnisses direkt an Bärbel Bas und sagte: „Wir haben, Frau Ministerin, in Ihrem Ministerium mit 17 Stunden gegen die Arbeitszeitverordnung verstoßen. Wir haben gegen die Arbeitsplatzordnung verstoßen, weil die Menschen auf den Bänken saßen. Aber ich denke, auch diese Dynamik, die Auseinandersetzung, die Freude an der Arbeit und der Respekt haben die gesamte Kommission beseelt.“

Wo bleibt die Empörung über die Respektlosigkeit eines Vorsitzenden der Rentenkommission gegenüber Arbeitnehmerrechten, die erkämpft wurden und gerade jetzt geschleift werden sollen. Dazu: Die Arbeitszeitverordnung gilt für Beamte, für ArbeitnehmerInnen gibt es seit 1994 das Arbeitszeitgesetz, das spät genug die AZO (Arbeitszeitordnung) aus der Nazizeit abgelöst hat. Es ist

ein (Gesundheits-) Schutzgesetz. Ich frage: Was halten solche Experten von den Arbeitenden?

DIESE DYNAMIK DES VERSTOßES...

... führte zu den Empfehlungen, die Rente nach 45 Versichertenjahren abzuschaffen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, das Rentenniveau zu senken. Die Kommission schleift alle sozialdemokratischen Haltelinien des Koalitionsvertrages. Wieder sind es die Nebensätze: Von der abschlagsfreien Rente nach 45 Versichertenjahren profitierten nur „Besserverdienende, Gesündere und Männer". Wo bleibt die Empörung über diese billige Polemik? „Männer" profitieren, also sind Frauen benachteiligt? Warum reden wir nicht darüber, dass es mal eine Rente für Frauen gab, die ab dem 60sten Lebensjahr in Anspruch genommen werden konnte? „Gesündere" profitieren, als dürften nur Kranke eine Rente beziehen, Invalide (Bismarck lässt grüßen)! „Besserverdienende" profitieren, das stimmt so nicht: Die Kommission sagt selbst, dass die durchschnittliche Rente dieser Rentenbezieher 1.677 € beträgt. Brutto oder Zahlbetrag? Fehlanzeige! Ich gehe vom Zahlbetrag aus, weil die Rentenversicherung i. d. R. Zahlbeträge angibt. Das bedeutet wiederum, dass die Bruttorente etwa 1.880 € sein muss, bei einem Entgeltpunkt (EP) in Höhe von 40,79 € (2025) hat ein Mann also ca. 1,2 EP im Durchschnitt von 45 Versichertenjahren erreicht. Damit hat er 20 Prozent über dem Durchschnittsentgelt verdient und ist für die Kommission schon ein „Besserverdiener".

DIE SACHE WIRKT NICHT

Während ein Durchschnittsverdiener schon ein Besserverdiener ist, wirbt die Kommission zwar für eine „Erwerbstätigenversicherung", um die Finanzierung der Alterseinkommen auf breitere Füße zu stellen (Empfehlung 21), das sei aber nur ein „Idealbild", weil das schwer zu erreichen sei (S. 51 des Berichtes). Wo bleibt die Empörung, dass die Kommission nicht die Notwendigkeit einer Erwerbstätigenversicherung betont, sondern nur ein Idealbild zeichnet? Alle sind gefordert, ein solidarisches System einer solidarischen Gesellschaft zu tragen. Die am besten Verdienenden bleiben außen vor: Die Beitragsbemessungsgrenze soll nach Empfehlung 16 nicht angetastet werden. Damit bleiben die Empfehlungen weitere Erwerbstätige wie Beamte, Abgeordnete, Selbständige, Vorstände von Aktiengesellschaften in die GRV einzubeziehen für die Finanzierung der Alterssicherung wirkungslos.

Die Kommission argumentiert in der Empfehlung 16 (S. 42) mit dem „Äquivalenzprinzip", was bedeutet, dass einer Beitragszahlung eine entsprechende, festgelegte Auszahlung folgen muss, also, je höher die Beitragszahlung, desto höher die Auszahlung. Das klingt nach Leistung, ist es aber nicht. Gleichzeitig fordert die Kommission nämlich die Wiedereinführung eines Dämpfungsfaktors für künftige Rentenerhöhungen (Empfehlung 14), was zu einer Verminderung der Renten in Bezug auf Lohnentwicklung und Lebensstandard führt. Die Sicherung des Lebensstandards der Rentenbezieher wird ausgehebelt. Die „Finanzierungslast der demografischen Alterung" wird „durch stärker gedämpfte Rentenanpassungen von den Leistungsbeziehern mitgetragen" (S. 37). Das mag solidarisch sein. Jemand verzichtet auf etwas, um anderen eine Leistung zu ermöglichen. Überdurchschnittlich verdienende BeitragszahlerInnen bleiben bei der Finanzierung der Alterssicherung unsolidarisch, denn ihre Beiträge bleiben auf der Beitragsbemessungsgrenze gedeckelt und sie erhalten eine der Beitragszahlung adäquate Rent, die ab Bezug allerdings absinkt. Somit kann man auf die Einbeziehung von Abgeordneten oder Vorständen von Aktiengesellschaften verzichten. Das nützt der Solidargemeinschaft nicht zur Sicherung der Rente! Die Kommission denkt rückwärts.

KAPITALRENTE

Das gilt auch für den Vorschlag, eine Kapitalrente als Baustein innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung einzuführen (Empfehlung 27). Ich befrage wieder die Nebensätze, was davon zu halten ist: „würde ich jetzt einmal sagen" (O-Ton Bärbel Bas), die Rente wird für die Jüngeren auf 50 Prozent steigen. Klar ist das aber nicht, denn Frank-Jürgen Weise spekuliert: „Wenn man die drei Stufen der Alterssicherung ... kombiniert und addiert – mathematisch geht das nicht genau – dann könnte man sagen: Es gibt eine sehr gute, belegbare, berechenbare Perspektive ..." Geht es oder geht es nicht, das ist hier die Frage. Die Kommission hat mit diesem Vorschlag tatsächlich überrascht und man sieht ihr sogar nach, dass die Beiträge für diesen Baustein paritätisch zwei Prozent zusätzlich betragen sollen, also eine Beitragserhöhung nach sich zieht, die doch sonst verpönt ist. Was ist aber, wenn Hans-Jürgen Urban, früheres Vorstandsmitglied der IG Metall, mit seiner Einschätzung recht hat, dass der aktuelle Kapitalismus mehr Kosten als Gewinne verursacht (Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 8 / 2026). Schätze mal, die Kosten würden nicht die Kapitalisten tragen. Nach Meinung der Kommission wird der Kapitalbaustein zur „Belebung des europäischen Kapitalmarktes" beitragen und Merz sieht sogar „das bisher nicht eingelöste Versprechen der christlichen Soziallehre" eingelöst, nämlich die „Teilhabe breiter Bevölkerungsgruppen am

Vermögenszuwachs unserer Volkswirtschaft“. Doch setzt dieses Model noch mehr als das Umlagesystem darauf, dass es Wirtschaftswachstum gibt, ein Wachstum, das zunehmend die Grundlagen menschlichen Lebens zerstört.

FREIHEIT FEHLT

Wo bleibt die Empörung über die Dreistigkeit der Empfehlung 13. Altersteilzeit im Blockmodell soll abgeschafft und der Zugang zu Altersteilzeit um drei Jahre erhöht werden. Das Blockmodell wirke sich negativ auf die individuellen Rentenanwartschaften aus (S. 34). Das ist falsch. Es ist egal ob man Blockmodell oder verkürzte tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit wählt, die Rentenanwartschaft wird in bestimmtem Maße gesichert, die Einbuße ist marginal. Die Arbeitgeber sollen nach Meinung der Kommission gefälligst die ArbeitnehmerInnen altersgerecht beschäftigen. Gute Idee, die allerdings an der Realität scheitert, nicht nur wenn Arbeitsplatzabbau im Unternehmen angesagt ist. Hier Schaeffler, da Siemens, dort VW, was glaubt die Kommission, wie das irgendwie verträglich organisiert werden kann? Richtig ist, dass Altersteilzeit nicht als Mittel zu Personalabbau gedacht war. Richtig ist aber auch, dass Altersteilzeit mindestens in Teilen als von ArbeitnehmerInnen selbst bestimmtes Ausscheiden aus der Mühle der Arbeitswelt in Anspruch genommen wird. Irgendwann ist es genug. Wo der Koalitionsvertrag noch die Freiwilligkeit der ArbeitnehmerInnen beim Übergang in die Rente betont, killt die Kommission diese wesentliche Errungenschaft, indem sie alle Wege früher aus dem Arbeitsleben auszuscheiden abschaffen will. Nur noch nachgewiesen Kranke dürfen früher gehen! Die Sozialgerichte sollten schon mal Personal einstellen.

IM ERGEBNIS KRITISCH

Die Kommission hat nüchtern betrachtet die wesentlichen SPD-Positionen zur Rente aus dem Koalitionsvertrag gestrichen. Also werden die Beitragszahler nach Lebenserwartung länger arbeiten, die Rentenbezieher im Verhältnis zum Produktionsfortschritt eine niedrigere Rente beziehen und die Teilhabe am wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt – so es ihn denn geben sollte – nur über den Kapitalbaustein in der Rente organisiert. Scholz hat also recht behalten.

Andere Überlegung: Der erste Bundesarbeitsminister Anton Storch (CDU) (1892 - 1975) hat in der ersten Lesung der großen Rentenreform im Bundestag 1956 darauf hingewiesen, dass die Sicherstellung eines erworbenen Lebensstandards kein Akt der Barmherzigkeit sei, sondern Ausdruck einer zwischen den Generationen geschuldeten Solidarität. Denn die nicht mehr arbeitende Bevölkerung hat mit ihrer Arbeitsleistung den Grundstein für den Wohlstand der jetzt arbeitenden Bevölkerung geschaffen. Das heutige Umlageverfahren wurde damals beschlossen. Klar war es eine andere Situation. Optimismus in die Kraft der deutschen Wirtschaft und vor allem in die Kraft der ArbeitnehmerInnen, Löhne zu erkämpfen, die den Maßstab einer „sozialen“ Marktwirtschaft „gerecht“ werden. Die „Boomergeneration“ wurde geboren. Heute ist diese Generation ein Demografieproblem. Vielleicht aber, haben nur die Löhne und Gehälter mit dem Produktivitätsfortschritt nicht Schritt gehalten und die Verteilung des erarbeiteten Wohlstandes geriet in Schieflage. Jetzt einen Konflikt zwischen Generationen zu behaupten und Generationengerechtigkeit einzufordern lenkt am Ende doch nur von dem Verteilungskonflikt und dem aktuellen Gerechtigkeitsdefizit ab.

(vgl. Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert 2014 S. 41).

SPD AUF DER COUCH

VON MONIKA FATH-KELLING

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE SEELE

„Nur wer im Leben von der Torheit befallen, kann wahrhaft Mensch genannt werden“, lässt Erasmus, der Ur-Humanist, seine Stultitia im Lob der Narrheit sagen. Ich glaube, besser lässt sich die Seele der SPD gerade nicht skizzieren. Schließlich ist Stultitia ja keine Dumme: Punkt für Punkt und Zeuge für Zeuge paradieren in ihrer „Verteidigung der menschlichen Narrheit“ Rhetoren, Rechtsgelehrte, Philosophen, Adelsstolze, Geldraffer, Scholastiker, Schriftsteller, Spieler, Krieger und ja, auch „die ewigen Narren ihres Gefühls“, die Liebenden. Als alte „Volkspartei“ lässt auch die „Seele der SPD“ nichts von alledem aus. Insofern alles in bester Ordnung, da „allzu menschlich“? Dieses Lieblingswerk – er nannte es selbst ein Pamphlet – des Erasmus war in seiner Wirkung die Bombe, die nicht nur das Mittelalter pulverisierte. Stefan Zweig nennt es „hinter seiner Karnevalsmaske in Wirklichkeit eines der gefährlichsten Bücher“, das dem humanistischen Zeitalter den Weg freisprengte.

DER FALSCH VERSTANDENE HUMANISMUS

Humanismus im Sinne des Erasmus kann seinem Wesen nach „niemals revolutionär sein“. Heutzutage dagegen werden überall „im Namen der Menschlichkeit“ die Paradebeispiele aus seinem Lob der Narrheit kopiert: „friedliche“ Revolutionen, Kriege „um der Demokratie willen“, das Auslöschen aller Wahrheiten bis auf „die eine“ und so fort.

Dabei hat der bienenfleißige Erasmus in vielen anderen Schriften Lösungen vorgezeichnet, von denen sich heutige Diplomaten eine dicke Scheibe abschneiden könnten – das Handbuch des christlichen Streiters zum Beispiel. Echte Zivilisation kommt um einen erasmischen Humanismus nicht herum, wenn die Menschheit überleben will. Erasmus' Credo war: geistige und geistliche Dinge einzig „vom Menschlichen“ aus zu bewerten. Sein Humanismus bedeutet per se, das Verbindende zu betonen, und ist nicht imperialistisch gesinnt oder darauf aus, Dinge mit dem Hammer der Gewalt zu erzwingen. Fanatismus erachtete Erasmus als den größten Menschenfeind. Erasmus selbst – der Zauderer, wie ihn Kritiker nannten – ließ seinen freien, humanistischen Geist nie kaufen oder durch eine Machtergreifung korrumpieren, die ihm von vielen Seiten angetragen wurde. Er war der erste uomo universale, Vordenker Europas und der Vereinten Nationen, Wegweiser eines künftigen Weltbürgertums. Bedauerlicherweise sieht das moderne „Ende der Geschichte“ Menschenrechte, Völkerrecht, internationale Solidarität und die Lösung des Nord-Süd-Konflikts wieder einmal als „Utopie und Gedöns“; Freiwilligkeit, innere Freiheit und Gewaltverzicht werden wieder einmal zu reiner Schwäche zurückdefiniert.

ZWEI SEELEN, ACH, IN MEINER BRUST…

… denn die SPD hat nicht nur eine. Schon „im Grunde“ war sie „gegen Links“, von allem „Linken“ hat man sich von Anfang an konsequent „gehäutet“. Kommunisten? – Gott bewahre! USPD? – Schade, aber unvermeidlich. Noske, Ebert – immer wurde in staatstragender Attitüde das Linke gestutzt, nicht etwa gestützt. Leider geschah dies immer zugunsten des Kapitals, nicht im humanistischen Sinne eines Erasmus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, den Adenauer-Jahren und den Folgen der Nachkriegszeit gelang es den SPD-Ausnahmeerscheinungen Brandt, Bahr und Wehner, das Volk wiederzugewinnen. Für kurze Zeit versprach der Dritte Weg im Inneren und der Weg der Aussöhnung – der guten Nachbarschaft mit den Völkern des Ostens sowie der glaubhaften Anstrengung im Nord-Süd-Konflikt – die Rückkehr zum Gedankengut des echten Humanismus.

Seit dem Fiasko der deutschen Wiedervereinigung (nicht dass, sondern wie wiedervereinigt wurde, ist das Fiasko) wird gerade einmal mehr alles „zeitengewendet“ und „gehäutet“, das nicht zum alten Credo passt: „Opposition ist Mist!“ Längst hat sich die Partei erneut an Kriegstreiber verkauft – Hauptsache mitregieren, und wenn es die linke Parteiseele kostet. Und so flattert uns keine rote Fahne mehr voran, sondern die SPD flattert nur noch mit dem rechten Flügel …

REPARABEL ODER GNADENSCHUSS?

… wenn ihr der Todesstoß vom Wähler versetzt würde? Um eines schnellen Todes zu sterben, steht Folgendes auf der Liste „Zu erledigen“:

- Die intransparente Umsetzung unsozialer „Reformen“ gegen abhängig Beschäftigte – also das seit vielen Koalitionen in Fleisch und Blut übergegangene „links blinken und rechts abbiegen“.
- „Kriegstüchtig werden“ auf Gedeih und Verderb, gegen das Friedensgebot von Völkerrecht, Grundgesetz und Partei – egal, was die Wähler denken.
- Das Festkrallen an einer sehr hinterfragwürdigen Antisemitismusauslegung (Staatsräson!) inklusive der indirekten Beteiligung an völkermordender „Drecksarbeit“.
- Transatlantische Partnerschaft forever – egal, wie völkerrechtswidrig der Partner weltweit unterwegs ist (Schnauze! Wir sind die Guten!).
- Die volle Unterstützung des oligarchisch organisierten Finanzfeudalismus samt seiner tödlichsten kolonialen Waffe: den Sanktionen.

Ach, bei ein bisschen Nachdenken fällt auch Ihnen sicher etwas ein, liebe Leserinnen und Leser.

Zum guten Schluss noch ein kleiner aphoristischer Trost von Sophokles als Fazit:
„Nur im Unverstand ist das Leben angenehm.“

AUS DEN DISTRIKTEN UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender

Felix Schmeißer
f3l1x.schmeisser@gmail.com

Protokoll Distriktsitzung Tennenlohe vom 16.09.2026

TOP 1: Berichte
Alle Anwesenden sind gut aus der Sommerpause zurückgekehrt.
Rolf konnte in Erfahrung bringen, dass es in Tennenlohe zwei Austritte gab.

TOP 2: Aktuelles
Wir besprechen die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt kurz. Wir sind uns einig, dass sich in Zukunft einiges ändern muss in der Koalitionsarbeit und innerhalb der SPD selbst. Merz sollte schnellstens sein Oberlehrerhaftes Auftreten in den Griff bekommen, aber auch Medien sollen nicht immer auf maximale Konfrontation ausgelegt berichten. Im Speziellen ist es für uns Unverständlich wie Gesetzesentwürfe bereits als fertige Tatsache behandelt werden.

Für eine ganzheitliche Bewertung der Reformen gehen die Meinungen speziell in puncto Aktienrente weit auseinander.

TOP 3: Stadtrat und OBR
Andreas berichtet aus dem Stadtrat. Das größte Thema ist dabei die Haushaltsdebatte und wie weitere Einsparungen von Seiten der Stadt möglich sind.
Im OBR wird am nächsten Tag ein weiteres Mal über den Radschnellweg beraten. Die momentane Planung sieht eine Sperrung ab der Wirtschaft Zum Schloss und einer Umwandlung der Branderstraße in eine Einbahnstraße vor, wovon Betroffene wenig begeistert sind.

Felix Schmeißer

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden herzlich ein zu unserer Jahreshauptversammlung am

Mittwoch, 14.10.2026, 19:30 Uhr Gaststätte „Zum Schloss“, Schlossgasse 7

Die vorläufige Tagesordnung ist:
1. Allgemeines und Berichte
2. Haushaltsdebatte im Stadtrat
3. Wahljahr 2026
4. Verschiedenes

Für den Vorstand
Felix Schmeißer

Weitere Termine:
- Distriktversammlung am 18.11. 19:30 Uhr im Gasthaus Zum Schloss.
- Gansessen am 22.11. 12:00 Uhr im Gasthaus Zum Schloss

DISTRIKT OST

Vorsitzender

Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchten wir Euch zu unserer Distrikt-Sitzung einladen am

Mittwoch, 14.10.2026, um 19:00 Uhr im Brückenpaulus (Pizzeria Romano, Schronfeld 74).

Nach langer Tradition am Dienstag möchten wir versuchsweise Mittwochstermine testen.

Bitte gebt mir Feedback, wenn das für euch schwierig ist!

In der Sitzung werden wir uns mit aktuellen politischen Themen befassen. Wir freuen uns auf euch!

Bitte meldet euch bei Fragen oder anderweitigen Anliegen per Mail: felix.klingert@gmail.com.

Solidarische Grüße,
Sandra, Simon und Felix.

DISTRIKT WEST

Vorsitzende

Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn
Felizitas.Traub-Eichhorn@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere nächste Distriktsitzung findet statt am

Mittwoch, den 14.10.2026 um 20:00 Uhr im Gasthof Güthlein (Dorfstraße 14).

Dieses Mal wird uns Günter Winkelmann zur Umstrukturierung der Kirchengemeinden im Westen berichten.

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

AG 60+

Vorsitzende

Monika Fath-Kelling
Telefon: 09131 897065
kellingmo@nefkom.net

Protokoll AG 60+ vom 16.09.2026 15-17 Uhr in der Thalermühle

Monika begrüßt die Anwesenden und richtet verschiedenste Entschuldigungen, Urlaubsgrüße sowie den dauerhaften Umzug von Christa Matern nach Norddeutschland zu ihrer Tochter aus. Christa fühlt sich wunderbar dort oben, will aber gern aus unserem Kreis die eine oder andere Mail bekommen. „Wir schaffen das“ Christa!

Anfang Oktober fährt Monika als Delegierte bei der Bundesversammlung der AG60+ nach Berlin.

Das ER Bündnis für den Frieden hatte am 15.09. Sitzung, Monika berichtet von der Sitzung:

- Rückschau auf die Veranstaltung zum Antikriegstag, diese wurde in diesem Jahr von der Gewerkschaft gestaltet.
- IV. Gewerkschaftskonferenz für den Frieden in Würzburg, ihr Fazit: die Gewerkschaften haben ernsthaft das Groß-Thema „Frieden“ mit vielen Facetten wie Friedensarbeit, Rüstungskonversion, Beratung zur Wehrpflicht, zivil-militärische Zusammenarbeit, den inneren Zusammenhang von Sozialem und Frieden und noch viele mehr als Arbeitsgrundlage für die Gewerkschaften wiederentdeckt. Besonders bemerkenswert war das „Ziehen am selben Strang“ über Generationsgrenzen hinweg.
- Am 25.09., 12:00 Uhr findet der nächste Schulstreik gegen die Wehrpflicht statt. Allein durch Anwesenheit kann das Anliegen der jungen Leute gestärkt werden...
- Wir bedauern, dass unser Friedensbeauftragter des Kreisverbands sich noch kein einziges Mal „gekümmert“ hat.

Unsere aktuelle Diskussion ging an den Punkten eines offenen Briefes mehrerer norddeutscher Ortsvereine an den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion entlang. Thema „Die SPD darf ihre sozialdemokratische Seele nicht weiter preisgeben“. Monika hat diesen Brief zur Kenntnisnahme bereits auch an den Kreisvorstand geschickt.
Am 28.10. wird Lothar Binding bei der SPD in ERH zu Gast sein. (siehe auch Einladung in diesem Heft) Fahrgemeinschaften wären denkbar.

Voraussichtliche Termine der Sitzungen AG60+ 2026:

- 14.10.2026, 15:00 – 17:00 Uhr
- 11.11.2026, 15:00 – 17:00 Uhr
- 09.12.2026, 15.00 – 17:00 Uhr (Lametta-Sitzung)

Kino 2026:

- 26.11.2026, 14.30 – 17:00 Uhr, „Madame Christine und ihre unerwarteten Gäste“

Protokoll:
Monika + Renate

SPD MARLOFFSTEIN

Vorsitzender

Ralf Jähnert
ralf.jaehnert@onlinehome.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD Marloffstein traf sich am 22. September 2026 erstmals nach der Sommerpause. Zunächst befassten wir uns mit der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung am 24.09.2026. Die zu behandelnden Punkte sehen u.a. die turnusmäßig stattfindende Neukalkulation der Abwassergebühren zum 01.10.2026 vor; weswegen eine Erhöhung um rd. 50 % (!) stattfindet, ist zwar in den Sitzungsunterlegen rechnerisch dargestellt, lässt sich jedoch für einen Außenstehenden nicht nachvollziehen. Ein weiterer Punkt der Gemeinderatssitzung befasst sich mit der Zukunft des maroden Rathausgebäudes; den Sitzungsunterlagen lässt sich entnehmen, dass ein kompletter Abriss des Gebäudes ins Auge gefasst wird, weil sich eine Sanierung als unwirtschaftlich erweist. Als nächstes soll (extern) ein Bedarfs- und Nutzungskonzept unter Einbeziehung gemeindlicher Bestandsgebäude entwickelt werden.
Unsere Mitglieder berichteten des Weiteren, dass der Bau des neuen Hochwasserbehälters neben dem Wasserturm inzwischen abgeschlossen ist; der Zeitpunkt der Anbindung an das gemeindliche Wassernetz ist derzeit noch offen. Auch die Flutwassermulde nördlich der Ringstraße-West (Hochwasserschutz) wurde vor kurzem fertiggestellt, eine Maßnahme, die bereits vor über zehn Jahren geplant und beschlossen war.

Schließlich trafen wir die organisatorischen Vorbereitungen für unser „Sommerabschluss-Grillen“ im Marloffsteiner Schlossgraben am 25.09.2026. Wir werden in der nächsten Ausgabe des Monatsspiegels hierüber kurz berichten.

Unsere nächste Zusammenkunft findet am Montag, den 26. Oktober 2026, um 17.30 Uhr im Rathaus Marloffstein statt. Wir laden Euch hierzu sehr herzlich ein.

Genossenschaftliche Grüße,
Ralf Jähnert

AK WIRTSCHAFTSPOLITIK

Vorsitzender

Munib Agha
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genoss:innen,

der Wirtschaftspolitische Arbeitskreis der SPD Erlangen trifft sich ab Oktober wieder. Vor allem wollen wir gemeinsam das neue Buch des Ökonomen Tom Krebs „Kapital und Krise“ lesen und daraus Schlussfolgerungen für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ziehen. Außerdem wollen wir auch über Möglichkeiten kommunaler Wirtschaftspolitik reden.

Wir treffen uns am:
- Dienstag, 13. Oktober
- Mittwoch, 28. Oktober

jeweils um 19:30 Uhr im August-Bebel-Haus.

Freundschaft!
Munib

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN